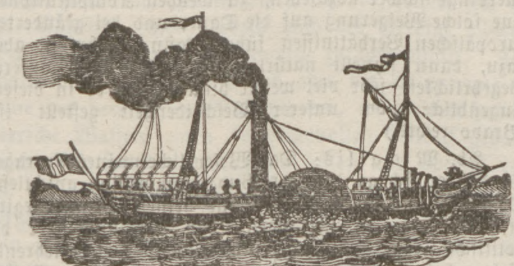
Danziger Dampfboot.

№ 137. **1865.**

Donnerstag, den 15. Juni. **36ster Jahrgang.**



Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Retemeyer's Centr.-Ztgs.- u. Annonc.-Büreau.
In Leipzig: Illgen & Fort. H. Engler's Annonc.-Büreau.
In Breslau: Louis Stangen's Annoncen-Büreau.
In Hamburg, Frankf. a. M. u. Wien: Haasenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Altona, Mittwoch 14. Juni.

Durch einen Erlaß des preußischen Minister-Präsidenten v. Bismarck vom 10. Juni ist den Betheiligten eröffnet, daß diejenigen Schiffe aus den Herzogthümern Schleswig und Holstein, welche die Befugniß zur Führung der preußischen Flagge erworben haben, beim Besuch preußischer Häfen den preußischen Schiffen vollkommen gleichgestellt werden sollen.

Wien, Mittwoch 14. Juni.

Die offizielle Generalcorrespondenz erklärt, daß die aus Bern gebrachte Nachricht, Oesterreich halte die Gleichstellung der Schweiz mit den meistbegünstigten Nationen bezüglich des neuen Zolltarifs annoch für unthunlich, verfrüht sei. Bei den noch wenig geförderten Verhandlungen des Reichsraths könne die kaiserliche Staatsregierung nicht sobald die erst vor Kurzem erfolgte Anfrage der schweizerischen Behörden in Betreff dieses Gegenstandes beantworten.

— In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses meldete der Abgeordnete Brinz die folgenden an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten gerichteten Interpellationen an: 1) ob die Berufung der schleswig-holsteinschen Stände nach dem Gesetze von 1854 und nicht nach dem von 1848 bereits beschlossen sei? 2) ob die Staatsregierung die Entfernung des Erbprinzen von Augustenburg aus den Herzogthümern anstrebe und auf dieselbe, wenn auch nur indirekt, einwirke?

Bern, Dienstag 13. Juni.

Die niederländische Regierung hat dem schweizerischen Bundesrath das Anerbieten gemacht, in Unterhandlungen über einen Freundschafts- und Handelsvertrag zu treten. — Oesterreich hat es vor der Hand für unthunlich erklärt, bezüglich des neuen Zolltarifs die Schweiz den meistbegünstigten Nationen gleichzustellen.

Rom, Mittwoch 14. Juni.

Der „Osservatore Romano“ dementirt die Nachricht, daß Baron v. Hübner in einer Mission des Großherzogs von Toskana und der Herzöge von Parma und Modena nach Rom gekommen sei.

Brüssel, Mittwoch 14. Juni.

Der Herzog und die Herzogin von Brabant sind nach London abgereist. — Der Senat hat den Gesetzentwurf bezüglich der von den Ministern außerhalb der Ausübung ihres Amtes begangenen Verbrechen und Vergehen mit 31 gegen 11 Stimmen angenommen.

Paris, Mittwoch 14. Juni.

Bei dem heute Abends in den Tuilerieen stattfindenden Empfange wird der Kaiser zuerst das diplomatische Corps auf dessen Wunsch empfangen. — Der „Moniteur“ dementirt das Gerücht, wonach zwischen den afrikanischen Generalen Deligny und Legrand ein Duell stattgefunden hätte. — Die Forderung der Kinder der Frau v. Pauw (Prozeß La Pommerais) an die Versicherungsgesellschaften ist vom Tribunal zurückgewiesen worden.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 13. Juni.

(Schluß.)

Abg. v. Forckenbeck constatirt, daß der Reg.-Commissar den Unterschied zwischen Staatsschatz und Staatskasse nicht bestritten hat, und deshalb die Staats-Regierung ihre Auffassung zu der ihrigen gemacht hat.

Nachdem der Referent Abg. Reichenheim den Commissionsantrag befürwortet, wird der Antrag des Grafen Eulenburg abgelehnt und der Commissionsantrag mit großer Majorität angenommen.

Antrag II. der Commission lautet: 1) Die von der Königl. Staatsregierung fortgesetzt verweigerte Vorlegung der speziellen Nachweisung der Aktiv-Bestände bei der Rendantur des Staatsschatzes mit den verfassungsmäßigen Rechten der Landesvertretung als unvereinbar zu erklären, 2) bis zur Vorlegung der speziellen Nachweisung der ultimo 1862 bei dem Staatsschatz verbliebenen Activforderungen die Ertheilung der Entlastung rücksichtlich der Rechnung der Rendantur des Staatsschatzes für das Jahr 1860, 1861 und 1862 vorzuenthalten.

Abg. Graf zu Eulenburg gegen den Antrag. Die Vorlegung der Nachweisung ist nicht möglich, weil die Mittheilungen in einer Commission von 35 Mitgliedern keine Vertrauliche bleiben konnten.

Abg. v. Hennig die Budgetkommission hält nur dann vertrauliche Sitzungen, wenn das Haus dies beschließt. Wir müssen von der Activa wie auch von den Passiva's des Staatsschatzes Einsicht erhalten.

Abg. v. Mitschke-Collande: Früher hat die Budgetkommission stets zwei Mitglieder zur Entgegennahme von Mittheilungen über den Staatsschatz abgeordnet, damit die Mittheilungen geheim bleiben sollen.

Abg. v. Forckenbeck: Die Commission will die Verwendung der Fonds nicht angreifen. Wenn aber ein solcher Fonds in die Staatskasse zurückfließt ist er Staatseigenthum geworden und muß das Haus davon Kenntniß erhalten.

Nachdem der Referent, Abg. Reichenheim den Commissions-Antrag befürwortet, wird derselbe angenommeu.

Das Haus tritt in die Berathung des zweiten Gegenstandes, der Kriegskostenvorlage. Die Commission beantragt Ablehnung der Vorlage. Der Abgeordnete Michaelis beantragt: Das Interesse Preußens und Deutschlands fordert, daß die definitive Regelung der Verhältnisse Schleswig-Holsteins schleunigst herbeigeführt werde, daß jedoch eine staatliche Konstitutrung der Elbherzogthümer nur unter solchen Maßgaben stattfinde, welche eine unlösliche Verbindung zwischen denselben und Preußen feststellen, die den Schutz der Nordgrenze Deutschlands und die Entwickelung einer Achtung gebietenden Marine unter der dem Verhältniß der beiderseitigen Kräfte entsprechenden Mitwirkung der Elbherzogthümer in Preußens Hände legt und in die zu diesem Zwecke nöthigen territorialen, finanziellen, maritimen und militairischen Vorbedingungen gewährleistet.

Abg. Wagener (Neustettin) beantragt: „Das Haus wolle beschließen, der Regierungsvorlage vorbehaltlich der demnächstigen etatsmäßigen Verwendung und Rechnungslegung die Zustimmung zu ertheilen und die Erwartung auszusprechen, daß die Regierung, nöthigenfalls unter Abfindung etwaiger Erbprätendenteu, die Herzogthümer für Preußen erwerben werde“. — Es erfolgt die Feststellung der Rednerliste. Der erste Redner ist der Referent, Abg. Twesten, welcher die Debatte einleitet. Die Commission mußte von dem Standpunkte, welchen sie und das Haus gegenüber diesem Ministerium einnimmt, zu dem Antrage gelangen, welchen sie dem Hause zur Annahme empfiehlt. Zu den Anträgen übergehend, erklärt sich Redner für die Resolution des Abgeordneten Michaelis, dagegen bekämpft er den Antrag des Abg. Wagener. Das Verfahren der Regierung in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, die Agitationen ihrer Agenten und ihrer Blätter war von vorn herein auf die Annection gerichtet. Redner sucht dies aus der Darlegung des historischen Verlaufs der Angelegenheit darzulegen. Der Antrag Wagener ist gleichfalls darauf hingerichtet, und die Staats-Regierung bezeugt diese Bestrebungen auch in ihren bekannten Forderuugen. Es war Pflicht der Regierung nicht blos das Recht der gewonnenen Vortheile aufrecht zu erhalten, sondern auch das Recht des Landes zu wahren. Es ist nicht das Interesse Preußens, daß man über das Recht der Herzogthümer so ohne Weiteres hinwegging. Wir sind der Meinung, daß das Recht der Legitimität dem Rechte der Völker sich beugen muß, aber wir sind der Meinung, daß solche Rechte, ob Volks- oder Fürstenrechte nicht so ohne Weiteres ad libitum als papierne Rechte behandelt werden. Der Ministerpräsident hat gezeigt, daß Preußen unabhängig von anderen Mächten seine Meinung zu verfechten und durchzuführen weiß. Das ist nach einer langjährigen schwächlichen Politik ein Erfolg, der gewiß nicht verwischt werden kann, aber eine Regierung, die das Recht des Volkes im eigenen Lande nicht achtet, kann trotz solcher Erfolge keine Sympathien im Volke sich erwerben. Wie Preußen ohne die Zustimmung Oesterreichs seine Zwecke erreichen will, ist mir jetzt noch sehr unklar. Es scheint mir die Ausführung des Kanals und die Erwerbung des Kieler Hafens für unsere Marine unbedingt nothwendig. Preußen aber ist nicht in der Lage, gegen den Widerspruch der Großmächte den Besitz eines Gebietes wie das in Rede stehende zu behaupten. Der Bevölkerung der Herzogthümer wird es unmöglich sein, von ihren geleisteten Huldigungen zurück zu treten und von dem zu lassen, den sie als die Säule ihrer nationalen Selbstständigkeit betrachten. Das sind die Gründe, welche mich gegen den Antrag Wagener bestimmen. Preußen ist durch seine Geschichte der neueren Zeit auf Aufhebung des Particularismus hingewiesen worden und diesen Weg darf es nicht in seiner Politik verlassen. Nicht allein die deutsche Militair-, sondern auch die deutsche Bundesverfassung hat in letzterer Zeit einen schweren Stoß erhalten. Nur die funfzigjährige Ruhe in Deutschland und Europa hat solche unzulänglichen Verhältnisse bestehen lassen und erst die letzten Kriege von 1859 haben ihre Mangelhaftigkeit dargethan. Wir dürfen nicht zugeben, daß die Herzogthümer als ein bloßer Mittelstaat in Deutschland eingereiht werden, Preußen hat durch sein Eintreten und Erfolge für die Befreiung der Herzogthümer vom dänischen Joche das Recht erlangt, in Betreff der Constituirung und der Bedingungen, unter welchen diese geschehen soll, mitzusprechen. Wir haben das Recht zu verlangen, daß die Herzogthümer das, was sie früher für Dänemark gethan nun für Deutschland thun, dazu sind sie verpflichtet, und darauf hin müssen auch die preußischen Forderungen gerichtet sein; aber ich glaube, daß wir das nicht durch Verständigung mit Oesterreich allein erlangen werden, wenn wir uns nicht zuvor mit dem Herzog von Augustenburg, dem scheinbar am meisten preußisch gesinnten Erbprätendenten, und den schleswig-holsteinischen Ständen verständigen. Die Annectionspolitik hat uns seither nur gefährdet; es scheint mir unmöglich, den Antrag Wagener's anzunehmen, dagegen kann ich nur Ihnen die Annahme des Antrages Michaelis empfehlen.

Abg. Wagener (Neustettin): Noch niemals sind wir mit einem mehr bewegten Herzen in eine Debatte eingetreten, als bei der heutigen Debatte. Der Referent hat definitiv anerkannt, daß unser Ministerium unserem Vaterlande die Rolle wiedergegeben hat, welche es unter den europäischen Staaten zu spielen hat und daß es in dieser Frage überraschende Erfolge erreicht hat. Aber seinen weiteren Ausführungen und Schlußfolgerungen kann ich nicht beitreten. Das bekannte Gothaer Feldgeschrei ist deutsches Parlament und deutscher Bundesstaat und das wollen wir hier nicht wieder gelten lassen. Die preußischen Erfolge verlangen andere Vergünstigungen, als nur die Gothaer verlangen. Abg. Twesten sagt: das Ministerium hat noch keine Geschichte gemacht; ja, meine Herren, Sie auch noch nicht; daß Sie Ihren vor Jahresfrist gestellten Antrag, den Herzog von Augustenburg zum Herzog von Schleswig-Holstein zu machen, nicht wiederholt haben, beweist nur, daß Sie sich getäuscht haben; und ich sage Ihnen, Sie täuschen sich auch noch heute über die Stimmung des Volkes und die Erfolge der preuß. Politik. Sie sagen: weil wir die Politik dieser Regierung nicht kennen und sie auch nicht kennen lernen sollen, darum wollen wir der Regierung die verwendeten Mittel nicht genehmigen und etwa noch hierzu nothwendig werdende Mittel nicht bewilligen. Wir haben bei der Debatte über die Militairfrage eine ganz merkwürdige Rede gehört, welche uns scheinbar nichts anderes sagen wollte, als: „laßt uns doch das kindliche Vergnügen“ (Heiterkeit.) Als Sie damals die Mittel verweigerten, konnten Sie wohl sagen: Wir haben kein Vertrauen zu dieser Regierung und wissen nicht, ob dieselbe die Mittel im Interesse der Sache verwenden wird. Jetzt aber liegen die Erfolge vor Ihnen und wenn Sie dennoch die Bewilligung der Kriegskosten verweigern, so heißt das nichts anderes, als über das in den Herzogthümern vergossene preußische Blut zur Tagesordnung übergehen. (Bravo! rechts, Oho! links.) Um dies zu vermeiden, haben wir unseren Antrag gestellt. Ich protestire gegen die Ansicht des Referenten, als ob unser Antrag bestehende Rechte nicht achte, es heißt in unserem Antrag ausdrücklich, daß die begründeten Ansprüche der Erbprätendenten abgefunden werden sollen. Es würde dieser Vorwurf weit eher

jener Partei zu machen sein, welche unter allen Umständen den Augustenburger proklamiren will, ohne auf die anderen Erbprätendenten zu rücksichtigen. Von der großen Preußenfreundlichkeit des Herzogs ist mir nichts bekannt, dagegen ist die Zahl der Bewohner der Herzogthümer, welche sich an Preußen anschließen wollen, doch bedeutender, als Sie meinen. Verwerfen Sie die Vorlage, so werden Sie sich selbst bei Ihren Wählern schaden und das Ministerium in den Stand setzen, die ganze Opposition aus den Angeln zu heben, sie werden das ganze innere Düppel weit eher erobern helfen. Wenn Sie aber die Vorlage auch ablehnen, so versichere ich Sie, daß die Geschichte sich darum sehr wenig kümmern wird. Die Regierung aber wäre ganz außer Stande, Ihrem Beschlusse Folge geben zu können.

Abg. Duncker wendet sich zunächst in einer Polemik gegen den Vorredner. Gerade die nationale Partei hat die Schleswig-Holsteinische Frage in Anregung gehalten und darum konnte Hr. v. Bismark den Krieg gegen Dänemark nicht aufhalten. Uns fehlt das Vertrauen des Königs, und dem Ministerium das Vertrauen des Volkes. Wir bedürfen der freien Zustimmung der Schleswig-Holsteiner, ein Zwang gegen sie ist unstatthaft. Es muß Aufgabe der Regierung sein, diese freie Zustimmung erlangen zu suchen, aber sie vermag es nicht. Die Kriegskosten können wir schon um deswillen nachträglich nicht genehmigen, weil wir nicht einmal über die laufenden Ausgaben uns verständigen können.

Abg. Schulz (Borken) spricht für die Bewilligung der Vorlage: Ich hoffe nicht, daß das Haus dem Kommissions-Antrage zustimmen werde, eingedenk der Opfer des Vaterlandes und seiner gefallenen Söhne, um dadurch einen Kranz auf den Gräbern der gefallenen Brüder niederzulegen.

Abg. Dr. Waldeck: Die Gelder sind ausgegeben und unsere Krieger ruhen mit Ehren unter der Erde; ja ihre Ehre wird durch die Vertreter des Ministeriums und ihre Agitationen noch mehr gehoben, denn es beweist dies, daß ein Volk selbst unter solchen ungünstigen inneren Verhältnissen wie die, in denen wir uns jetzt befinden, seine Schuldigkeit thun kann. Aber wir, als Vertreter des Volkes, haben auch unsere Pflicht zu erfüllen und die gebietet uns die Ablehnung der Vorlage. Um Zukunftspolitik haben wir uns nicht zu kümmern und wenn wir Resolutionen fassen, haben wir durch Auferlegung von Lasten auch Pflichten zu übernehmen, deren Erfüllung uns in der Folge viele Verlegenheiten bereiten und in Widersprüche verwickeln könnte. Eine Regierung, die solche Ziele verfolgt, muß durch und durch groß sein und das Vertrauen rechtfertigen. Ohne die Erfolge der Politik unseres Ministeriums schmälern zu wollen, muß ich doch hervorheben, daß dieser Erfolg nicht erwogen worden wäre, wenn Dänemark den ersten Vorschlag auf Personal-Union angenommen hätte. Darum kann ich also die Erfolge der Politik nicht bis in die Sterne erheben. Zu den Resolutionen übergehend, so kann ich die Ansicht des Wagnerschen Antrages, die Zustimmung im Voraus zu ertheilen, vorbehaltlich der nachträglichen Rechnungslegung nicht begreifen. Ebenso enthält der zweite Theil eine so unendliche Menge von Lasten und Kosten für die Zukunft, daß man sie noch gar nicht absehen könne. Der Antrag Michaelis ist so unklar, daß die, die dafür stimmen, gar nicht wissen, wofür sie gestimmt haben. Er will noch einen neuen Fürsten schaffen, als ob wir noch nicht genug hätten an den vorhandenen. Einen neuen Fürsten, z. B. wenn es nur noch ein wahrer Fürst wäre; aber das ist er ja nicht einmal. Man will ihm Land, Leute und Meer geben, also einen neuen Standesherrn schaffen. — Sie sehen also, es würde sehr schwer sein, eine Resolution zu formuliren, der eminenteste Beweis, daß die Frage das nicht ist, wozu man sie gern machen möchte, ist, daß dieselbe erst so spät, vor Thoresschluß bei uns zur Sprache kommt.

Ministerpräsident v. Bismark: Wenn ich mir den Inhalt des Berichtes vergegenwärtige, so würde ich zweifelhaft sein, ob die Verhandlungen vor 1½ Jahren mir noch im Gedächtniß verblieben sind; denn danach war es unzweifelhaft, daß das Haus dem Verfahren der Staatsregierung zustimmen werde, wenn es mit der nationalen Politik übereinstimmte. Die damaligen Forderungen des nationalen Programms sind theils erfüllt, theils der Erfüllung nahe gebracht. Nichts destoweniger lehnen Sie die Bewilligung der Vorlage kurzweg ab. Als Motiv erwähnt der Bericht u. A., daß das Haus kein Vertrauen zu den Personen habe, welche die Politik führen. Hätten Sie sich gesagt, wie es in der That ist, daß die Hauptperson, welche die preußische Politik leitet, Se. Majestät der König ist, dann würden Sie gewiß das Vertrauen gehabt haben. Sie werfen uns vor, daß unsere Politik Mitbesitzer geschaffen hat. Hätten wir Ihrer Politik gefolgt, so hätten wir jetzt vielleicht 32 Mitbesitzer und die Herren v. Könneritz und Nieper wären jetzt die Verwalter der Herzogthümer. — Die Frage harrt gegenwärtig ihrer Lösung. Sie haben das Recht, darüber zu sprechen, und wenn Sie dazu schweigen, so bleibt es mir nicht überlassen, meine Meinung über den Grund hier zu äußern. Es giebt keine andere Politik als diejenige der Regierung, welche die Bestimmungen Sr. Maj. des Königs befolgt. Bekämpfen Sie diese Politik, so bekämpfen Sie die Politik Ihres eigenen Vaterlandes. — Gegen den Inhalt des Antrages Michaelis habe ich nichts anderes einzuwenden, als den Wunsch, daß er präciser abgefaßt sein möchte. Das Land und die Regierung hat das Recht, zu erwarten, daß Sie sich über die preußischen Forderungen der Depesche vom 22. Februar äußern. Was das Wagnersche Amendement anlangt, so kann sich die Regierung über die Uebernahme so bedeutender Lasten, wie das Amendement mit sich bringt, nicht aussprechen, wenn das Abgeordnetenhaus nicht die Garantie dafür giebt, daß es mit der Uebernahme einverstanden ist. Was die Preußenfreundlichkeit des Herzogs von Augustenburg anbetrifft, so hat derselbe mir noch im vorigen Jahre selbst gesagt: „Warum sind Sie denn in die Herzogthümer gekommen, wir haben Sie ja nicht dahin gerufen. (Große Bewegung). Weigert man uns die Bewilligung unserer billigen Forderungen, so sind wir berechtigt, sie zu erhöhen. Diese Abneigung irgend welche Lasten zu übernehmen, war im höchsten Grade vorhanden; sie hat sich vermindert in demselben Maße, indem die Idee der Annexion auftauchte, lediglich unter dem Drucke dieser Idee und unter der Furcht vor Gewaltthat ist sie geschwunden. Man hat sich unsern Wünschen angenähert, man ist aber noch nicht so weit gekommen, daß man darauf abschließen könnte. Daß mit der Weigerung, Preußen billige ja im Interesse Deutschlands sogar ganz nothwendige Zugeständnisse zu machen, die Idee der Annexion, immer wieder auftaucht und die Aussicht gewinnt, liegt in der Natur der Dinge. Denn weigert man uns die billigen Bedingungen, die wir fordern, bindert man dadurch den Abschluß, so ist allerdings schwer abzusehen, zu welchen Komplicationen eine solche Weigerung auf die Dauer und bei geänderten europäischen Verhältnissen führen kann. Führt sie aber dazu, dann schnellt natürlich auch das Maß unserer Begehrlichkeit sehr viel weiter hinauf, als es in diesem Augenblicke von unserer Bescheidenheit gestellt ist. (Bravo rechts.)

Ab. Michaelis: Das Wesentliche meines Antrages ist, daß er sich an den der Budgetkommission anschließt. Das Volk hat ein Recht von uns, seinen einzigen legitimen Vertreter zu verlangen, daß wir uns über die politische Frage aussprechen und eine nicht wiederkehrende Gelegenheit benutzen, um auf die auswärtige Politik Einfluß zu erlangen. Der zu gründende neue Staat hängt mit den Bedingungen seiner Existenz von Preußen ab; wir sollen die Last seines Schutzes übernehmen; da muß gesagt werden, daß er dem entsprechende Pflichten übernehme, woraus für Preußen eine Erleichterung der eigenen Lasten entstehen muß. Die Erfüllung jener Pflichten darf nicht von der Willkür abhängen. Beschleunigung der Regelung der Sache ist unmöglich, wenn wir nicht gegen den Mitbesitzer einen Bundesgenossen in der Bevölkerung der Herzogthümer selber finden. Nach dem geschriebenen Recht sind solche Fragen nicht zu lösen, nach dem geschriebenen Recht bestände noch das Reich der Assyrer. Wenn auch wir anfangen, kleinliche Politik zu machen, so nehmen wir den Deutschen in den Kleinstaaten jede ideale Auffassung und drängen Sie in Oesterreichs Lager.

Präsident Grabow vertagt nach dieser Rede um 2½ Uhr die Sitzung bis 6 Uhr Abends und bedauert, daß die Regierung ihn ohne Information über den Schluß der Session gelassen hat. Der Hr. Minister-Präsident erwidert, daß die Staatsregierung darüber noch keinen Beschluß gefaßt hat.

---

69. Sitzung. Dienstag, 13. Juni, Abends 6 Uhr. Am Ministertisch: Vier Regierungs-Commissarien. Die Tribünen sind zahlreich besetzt. Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 6¼ Uhr. Das Haus fährt in der unterbrochenen Debatte fort.

Der erste Redner ist der

Abg. Dr. Löwe (Bochum): Wer die Rede der Herren Wagner und Bismark gehört hat, wird den Unterschied herausgefunden haben, daß Herr Wagner viel sicherer und viel hoffnungsreicher für die Zukunft aufgetreten ist, als der Herr Minister. Hr. Wagner sprach immer von Resultaten, während der Hr. Minister nur von Zielen sprach. Die Resultate, die erzielt sind, will ich nicht verkennen, das erste ist das gehobene Selbstbewußtsein der Armee, und wir haben das heute hervorzuheben, daß das Volk es gewesen ist, dem wir das Resultat zu danken haben; es ist das ein Beweis von der großen Liebe und dem Patriotismus, der im Volke lebt, und wir können diese Zeichen noch heute sehen; rufen wir die Rekruten von dem Pfluge und aus den Werkstätten und wir werden heute dieselben Resultate finden. Ich bedaure nur, daß nur einem Theile der Armee die Theilnahme am Kampfe gewährt wurde und auch dadurch die Auszeichnung. Ich erkenne ferner an, daß die Erfolge und die Thaten unserer Armee zum Theil von der Diplomatie benutzt worden sind, um die Stellung Preußens nach Außen hin wesentlich zu heben. Aber diese Erfolge unserer Armee sind noch lange nicht so ausgebeutet worden, als sie ausgebeutet werden können. Ich bin der Ansicht, daß gerade der Kampf von Düppel, gerade die Art und Weise wie der Sieg errungen die Veranlassung zu dem Umschwunge der Dinge in der Schleswig-Holsteinischen Frage gewesen ist. Welches sind denn aber die Erfolge, welche erreicht werden sollen und wie sollen sie denn erreicht werden. Da spricht man von Annection. Was hat denn das für einen Zweck. Schleswig-Holstein ist ein Staat von 1 Million Einwohner; diese für Preußen zu gewinnen ist kein großes Werk; denn gebe man Gewerbefreiheit und Freizügigkeit 2c., dann wird man die Einwohnerzahl Preußens von selbst in dieser Höhe alljährlich vermehren. Es ist vielmehr die militärische Position, welche hier die Hauptsache bildet, die Erwerbung von Terrain. Da werden wir aber nichts erreichen, wenn wir nicht das Volk auf unserer Seite haben, wenn man ihm nicht das Recht der Selbständigkeit lasse. Herr v. Bismark selbst hat gesagt, es kostet sehr viel, wenn wir annectiren wollen. Mir ist an der Erwerbung Schleswig-Holsteins nicht viel gelegen, alles ist untergeordnet, bis auf die militärische Position. Dies liegt auch im Interesse der schleswig-holsteinischen Bevölkerung. — Nur wenn wir auf dem Wege der Reform bleiben, werden wir in Deutschland zur Einheit gelangen. Wir wollen die letztere nicht um jeden Preis, sondern nur auf der Basis natürlicher Entwickelung. — Nur mit Hülfe des schleswig-holsteinischen Volkes werden wir unser Ziel erreichen. Ich sage das in aller Unbefangenheit, denn die Grundsätze meiner Partei werden noch lange nicht im Volk der Herzogthümer herrschen. Auf Häfen und Festungen kommt es an, nicht unmittelbar auf den Besitz des Landes. Auf dem Wege stiller Reformen ist die große deutsche Frage zu lösen, nicht durch Gewalt, durch Revolution, nicht mit Blut und Eisen. Wir wollen nicht die Einheit um jeden Preis.

Abg. v. Blanckenburg: An der Uneinigkeit der Landesvertretung wird es liegen, wenn ein großer Moment in unserer Geschichte durch schwächliche Politik versäumt wird. Jetzt müßte Regierung und Volksvertretung einig sein. (Laute Zustimmung Seitens der Majorität.) Es geht Ihnen, wie den schlafenden Jägern, die den weißen Hirsch nicht schießen konnten. Meine Herren! Schießen Sie! (Große Heiterkeit.) Ihre heutige Ablehnung wird Jubel erregen in Wien, in Paris. Lesen Sie das Urtheil der „Neuen Freien Presse". Nehmen Sie den Antrag Wageners an und Sie haben das ganze Volk hinter sich! Ich scheue mich den „Morning Herald" zu verlesen, weil der Artikel mich mit treffen würde. Im vorigen Jahre erklärte Waldeck nur Preußen fähig, die Elb- und Weser-Mündung zu behaupten, und doch stimmt er heute gegen Michaelis, aber nicht für Wagener, wie man denken sollte; sondern er sagt: „Budgetrecht, kein Vertrauen zu den Ministern u. dergl." (Große Heiterkeit.) Wenn ein Resultat in den Elbherzogthümern erreicht wird, kann es auch nur durch unsere Mitwirkung geschehen. Es kann vielleicht sein, daß Etwas auch ohne Ihre Hülfe geschieht, dann aber geschieht es zu unserem Schaden, zum Schaden dieses Hauses. Sie sprechen immer, daß Sie das ganze Land hinter sich haben; ich bestritt Ihnen das immer. Jetzt haben Sie Gelegenheit dies zu beweisen: stimmen Sie für unser Amendement, dann haben Sie das ganze Volk und das ganze Land hinter sich. (Bravo! rechts.)

Abg. Schulze (Berlin): Die Regierung hat durch den Tod des Königs von Dänemark eine sehr günstige Position vorgefunden, dieselbe aber durchaus nicht zu benutzen verstanden. Es herrscht nur Antagonismus gegen Preußen auch von Seiten Oesterreichs, unseres einzigen Bundesgenossen. Redner greift das Bündniß mit Oesterreich heftig an und bezeichnet es als einen politischen Fehler. Weder zu der von dem Ministerium bewiesenen Thätigkeit, noch zu seinen Absichten kann ich einen besonderen Grad von Vertrauen haben, um so mehr, als dasselbe seine im Aeußern gewonnene Machtstellung zur Gewinnung einer eben solchen im Innern, zur Eroberung des „Düppel im Innern" verwenden will. Was die Herren rechts wünschen, ist in meinen Augen nichts als ein reines Schattenbild, denn ich halte es für unmöglich, daß die Staatsregierung auf solche Projecte eingehen kann. Es liegt in der Situation des Landes und des Hauses, daß es keine Resolution finden kann, dem die ganze liberale Majorität desselben beistimmt; deshalb kann ich auch der Resolution des Abg. Michaelis nicht beistimmen. In derselben sind eine Anzahl Forderungen gekennzeichnet, welche man wohl annehmen kann, aber nicht muß und das ist eben das Bedenkliche und Gefährliche des Amendements. Wir sind die Einzigen, die noch das Vertrauen der Deutschen zu wahren suchen, zu der preußischen Regierung hat das deutsche Volk und die Schleswig-Holsteiner kein Vertrauen, sondern nur zu uns, weil sie wissen, daß die Regierung doch nur noch zu kurze Zeit dauern kann. Das Ministerium zwingt dieses Haus dazu, in der inneren wie in der äußeren Politik ihm das Vertrauen und die Mitwirkung zu versagen. Mit dem Verfassungskampf können wir nicht warten, bis die schleswig-holsteinsche Frage geregelt ist. Ich hoffe, daß das Rechtsbewußtsein, der Geist des öffentlichen Lebens so lebhaft geworden ist, daß, wenn das Experiment um zur Reaktion zurückzukehren nochmals versucht wird, es das letzte sein wird.

Der Antrag auf Schluß der Diskussion ist von mehreren Seiten gestellt worden und wird mit großer Majorität angenommen. Abg. Twesten resumirt (als Berichterstatter) die Debatte. Ein besonderer Verehrer des Herrn Ministerpräsidenten äußerte: Das könne man doch von ihm erwarten, daß er wenigstens Oesterreich betrügen werde. (Heiterkeit.) In der Kieler Frage hat Oesterreich bereits einmal sehr nachdrücklich Einspruch gethan. Der Widerstand des Augustenburgers bezog sich dem Vernehmen nach nicht auf die preußischen Bedingungen. Der Herr Ministerpräsident versteht sich auf Diplomatie sehr gut, auf die öffentliche Meinung und die Stimmung versteht sich die Reaktion nicht so gut, das verstehen die Liberalen besser. Die Berufung auf die Krone kann ihr nur zum Schaden gereichen. Der König kann sich nicht zurückziehen, wie seine verantwortlichen Räthe. Der Redner plaidirt, nachdem er vorausgeschickt, daß er jetzt nicht im Namen der Commission, sondern im eigenen Namen spreche, mit Wärme für die Annahme des Michaelis'schen Amendements.

Ministerpräsident v. Bismark: Der Hr. Referent hat in Betreff der von mir heute angezogenen Unterredung mit dem Erbprinzen von Augustenburg einige Andeutungen gemacht, die von den meinigen abwichen oder doch darüber hinausgingen. Ich erwidere darauf, daß Se. Durchlaucht nicht in der Lage war, mit mir über die Theilung oder Abgrenzung von Schleswig zu verhandeln, weil das von dem Herrn Erbprinzen nicht abhing. Es war das allerdings in der Zeit, wo wir noch nicht mit Bestimmtheit voraussehen konnten, daß wir ganz Schleswig bekommen würden. Mit Rücksicht auf diese Unklarheit der Verhältnisse, stellte der Herr Erbprinz für den Fall, daß wir das ganze bekämen, weitergehende Zusicherungen in Aussicht als für den Fall, daß wir von Schleswig etwas in Dänemarks Händen zurücklassen müßten. In beiden Fällen aber, wiederhole ich, waren die Zusicherungen völlig unzulänglich und blieben hinter dem zurück, was uns jetzt sogar von Oesterreich gewährt werden würde.

Das Haus schreitet zur Abstimmung. Ein Antrag, über den Wagener'schen Antrag namentlich abzustimmen, wird nicht genügend unterstützt. Dann wird der Antrag der Regierung und der erste Theil des Antrages des Abg. Wagener abgelehnt (dafür die Conservativen und Katholiken), ebenso der zweite Theil des Wagener'schen Antrages (dafür die Conservativen und einige Altliberale). Ebenso wird der Antrag Michaelis abgelehnt; es ist also der Commissionsantrag angenommen. Dann wird die Sitzung um 9½ Uhr vertagt.

Berlin, 14. Juni.

— Für die fünfzigjährige Jubelfeier der Wiedervereinigung und theilweise erst erfolgten Vereinigung Westphalens mit dem preußischen Staate hat der König seine Anwesenheit in der Stadt Münster zugesagt. Es ist nunmehr bestimmt, daß diese Feier im October stattfinden soll. Die Theile der jetzigen Provinz Westphalen, welche in diesem Jahre das Jubiläum ihrer ersten Vereinigung mit Preußen feiern, indem sie als neue Erwerbungen demselben durch die Wiener Verträge von 1815 zufielen, sind die westliche Hälfte des ehemaligen Bisthums Münster, die Grafschaften Steinfurt und Recklinghausen, die Herrschaften Anholt, Gehmen, Rheda, Gronau und Rietberg, das Amt Reckeberg, das eigentliche, bis 1803 kurkölnisch gewesene Herzogthum Westphalen nebst der ebenfalls früher kölnischen Grafschaft Arnsberg, die Grafschaft Wittgenstein, die Grafschaft und ehemalige freie Reichsstadt Dortmund, das Fürstenthum (frühere Bisthum) Corvey, das Fürstenthum Siegen und ein Theil des Fürstenthums Dillenburg. Die übrigen Theile der Provinz Westphalen wurden mit Preußen nur wieder vereinigt.

— Im Schlosse Babelsberg findet morgen Nachmittag 3 Uhr nach der vorgeschriebenen Ceremonie die feierliche Uebergabe des Ordens vom goldenen Vließe statt, den die Königin von Spanien dem Prinzen Karl verliehen hat.

— Wegen plötzlicher Erkrankung des spanischen Gesandten mußte heute die feierliche Uebergabe des goldenen Vließes an den Prinzen Karl auf Schloß Babelsberg, unterbleiben und wurde dieserhalb auch das Diner wieder abgesagt.

— Die ministerielle „Provinzial-Correspondenz“ schreibt: Die neueste österreichische Depesche führte eine Verständigung über den wichtigsten Punkt in der Herzogthümerfrage herbei; demzufolge ist eine weitere Verständigung und gemeinsame Anordnung wegen Ausschreibung der Ergänzungswahlen der schleswig-holsteinischen Stände baldigst zu erwarten. — Der Schluß der Berathungen des Kronsyndikats dürfte nächster Tage zu erwarten sein. — Der Landtag beendigt seine Arbeiten noch in dieser Woche.

— Noch vor Kurzem verlautete, nicht ohne Grund, daß Oesterreich sich nicht sträuben werde, der Forderung Preußens auf Entfernung des Erbprinzen von Augustenburg zuzustimmen; es handelte sich in Wien, so viel wir wissen, eigentlich nur noch darum, das Dekorum zu wahren. Es ist aber eben so sicher, daß in Wien jetzt ein Umschlag stattgefunden hat und daß man dort nicht mehr gegen den Herzog auftreten wird. Die Motive dieses Umschlags sind vielfach bezeichnend, denn er hat in dem Augenblick stattgefunden, wo man die Gewißheit erhielt, das Preußen für den Handelsvertrag des Zollvereins mit dem Königreich Italien, d. h. für die Anerkennung Italiens Seitens der Zollvereins-Regierungen in die Schranken trete. Das ist die Stelle, wo man in Wien vorzugsweise sterblich ist.

— Ueber die Verhandlungen zwischen Herrn von Bismarck und Herrn Virchow werden der „Köln. Ztg.“ noch weitere Mittheilungen gemacht, die wir, nur in einigen Punkten sie ergänzend, wie folgt wiedergeben: Mit der Vertretung des Herrn v. Bismarck war in dem letzten Stadium der Kriegsminister General v. Roon beauftragt. Dieser soll Herrn Virchow am Mittwoch in des Letzteren Hause verfehlt und ihn dann schriftlich dem Sinne nach gefragt haben, ob die Angelegenheit nicht zu einem ersprießlichen Austrag zu bringen sei, oder ob Herr Virchow dieselbe durch die Verhandlung des Hauses als erledigt ansehe. In dem letzteren Falle wurde Herr Virchow ersucht, dies schriftlich mitzutheilen, oder wissen zu lassen, wann der General eine Zusammenkunft mit ihm haben könne. Hierauf soll der Abgeordnete Virchow in Uebereinstimmung mit dem, was er schon früher durch den Herrn v. Henning dem Legationsrath v. Keudell hatte erklären lassen, die Antwort gegeben haben, daß er, so weit immer möglich, entgegengekommen sei, ein Duell wegen dieser Sache bestimmt ablehnen müsse, im Uebrigen noch immer bereit sei, die gewünschte Erklärung zu geben, unter der Bedingung, daß Herr v. Bismarck die mehrfach erwähnte Gegenerklärung, daß er seiner Aeußerung über Hannibal Fischer keinen für den Berichterstatter beleidigenden Sinn habe unterlegen wollen, geben wolle. Soweit war die Angelegenheit am 9. gediehen. Am 10. soll darauf Herr Virchow Herrn v. Roon geschrieben haben, er werde sich, da er keine Antwort erhalten habe, nur bis Montag früh als an seine Zusage gebunden betrachten. (Hierauf ist die von Herrn Virchow in der Sonnabendsitzung des Abgeordnetenhauses gethane Aeußerung, daß für ihn die Sache noch nicht erledigt sei, zu beziehen.) Wie nun versichert wird, hat General v. Roon auf diesen letzten Brief Virchows geantwortet, daß eine weitere Erklärung des Herrn Virchow nicht erwartet werde. Hiernach kann die Angelegenheit jetzt als wirklich erledigt angesehen werden.

Stettin, 13. Juni. Durch Cabinetsordre vom 22. Mai cr. ist die in der Generalversammlung vom 17. März cr. beschlossene Auflösung der Stettiner-Stromversicherungs-Gesellschaft genehmigt. Die Vertheilung des Gesellschaftsvermögens an die Actionäre wird nach der einschlägigen Bestimmung der Statuten in sechs Monaten erfolgen.

Warmbrunn, 11. Juni. Heute fand hierselbst die feierliche Grundsteinlegung zum hiesigen Militär-Kurhause statt.

Trier, 8. Juni. Der Bischof der Trierer Diöcese, Pellbram, hat heute hier seinen feierlichen Einzug gehalten.

Hannover, 12. Juni. Eine officielle Feier der 50jährigen Wiederkehr des Waterlootages findet nicht statt und selbst die Kirche beschränkt sich auf die Ablesung eines Gebets nach der Predigt, obwohl der 18. Juni mit dem Sonntag zusammenfällt. Das hannoversche Land will sich aber die Erinnerung an eine der herrlichsten Waffenthaten, an welcher hannoversche Waffen einen so ruhmvollen Antheil gehabt, nicht ungefeiert vorübergehen lassen und überall regt es sich, den Tag seiner Bedeutung gemäß festlich zu begehen. In der Hauptstadt wird sich Nachmittags ein Festzug, der unter Vortritt der städtischen Behörden und der Geistlichkeit, aus den Veteranen, Schützencorps, Gilden und anderen Genossenschaften, den Schülern und Schülerinnen der städtischen Schulen besteht, zum Waterlooplatze bewegen. Dort werden unter Gesang patriotischer Lieder Kränze an der Waterloosäule niedergelegt werden. Darauf geht der Zug nach dem Schützenplatze. Stadtsyndicus Albrecht hält hier die Festrede. In der Mitte des Festplatzes erhebt sich ein Ehrentempel, der mit den Figuren Wellingtons, Blücher's, Alten's und Baring's geschmückt ist. Später folgt ein Festessen zu Ehren der Veteranen. Abends Erleuchtung des Festplatzes. Sowie in der Hauptstadt wird auch in vielen anderen größeren und kleineren Oertern des Landes eine angemessene Feier stattfinden.

Wien, 12. Juni. Die amtliche „Wiener Ztg.“ veröffentlicht folgendes kaiserliche Handschreiben an den Statthalter von Ungarn, Graf Palffy:

„Lieber Graf Palffy! Die während Meines hierortigen Aufenthaltes gemachten Wahrnehmungen über die öffentliche Ordnung geben Mir die Ueberzeugung von dem Eifer und der Umsicht, womit Sie das Ihnen anvertraute Amt Meines Statthalters in diesem Lande führen. Ich finde Mich demnach angenehm bewogen, Ihnen Meine volle Zufriedenheit und Anerkennung auszudrücken. Ofen, am 9. Juni 1865.

Franz Joseph m. p.“

Warschau, 10. Juni. In Kreisen, die mit der hohen russischen Beamtenwelt in intimer Berührung sind, wird von einer Depesche gesprochen, welche gestern aus Petersburg hier eingetroffen sei und welche die Nachricht enthält, daß General Berg wirklich nicht mehr zurückkommt, daß vielmehr Großfürst Konstantin wiederum die Statthalterschaft in Polen antreten werde. Es wäre natürlich sehr zu wünschen, daß diese Nachricht wahr sein möge. Die Herkunft des Großfürsten wird die Bevölkerung alle die Unbilden, die uns in den letzten paar Jahren zu Theil wurden, schon darum vergessen machen, weil man darin die Garantie einer guten Regierung in der Zukunft erblicken würde. Die Leidenschaften haben sich nunmehr beruhigt, die weitaus große Mehrheit betrachtet die Sachen nüchtern und mit Ruhe, die Extreme, die eigentlichen Revolutionaire, haben jeden Anklang im Volke verloren, und wir haben die Ueberzeugung, daß Großfürst Konstantin jetzt vom ganzen Lande mit Enthusiasmus wird empfangen werden.

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 15. Juni.

§§ Mit der Corvette „Vineta“ ist Herr Contre-Admiral und Stations-Chef Jachmann aus Kiel hier eingetroffen.

†† Herr Polizei-Präsident von Clausewitz macht bekannt, daß nach einer Verordnung der Regierung der Nordamerikanischen Vereinigten Staaten vom 17. Dezember v. J. das Erforderniß von Päffen für alle Reisenden, welches im Jahre 1862 aufgehoben worden war in der Art wieder hergestellt worden ist, daß alle Fremde, mit Ausnahme derjenigen Einwanderer, die zur See direct in einem Hafen der Vereinigten Staaten landen, mit einem Heimathspasse versehen sein müssen, welcher von einem diplomatischen oder Consular-Agenten der Vereinigten Staaten visirt worden ist.

†† Herr Dr. Eichhorst ist als fünfter ordentlicher Lehrer am hiesigen Gymnasium definitiv angestellt worden.

†† Am nächsten Sonntag wird der Handwerker-Verein auf dem alten Weinberge zu Schidlitz sein erstes Sommerfest halten, an welchem den Familienangehörigen der Vereinsmitglieder und Gästen die Theilnahme gestattet ist.

†† Für die morgen im Victoria-Theater stattfindende Benefiz-Vorstellung des Herrn v. Hirsch sind zwei renommirte Stücke gewählt worden, nämlich das Lustspiel „Frauenkampf“ und die Posse „Aurora in Oel“, und Tänze. — Will das Publicum dem Wohlthätigkeitsgefühl und dem Verlangen, sich angenehm zu unterhalten und zu erheitern, in gleicher Weise Rechnung tragen; so findet es hierzu gewiß durch die in Rede stehende Benefiz-Vorstellung die beste Gelegenheit.

†† Der Turn- und Fecht-Verein wird heute behufs einer Berathung für eine zu arrangirende Turnfahrt zur Feier der Schlacht von Belle-Alliance eine Hauptversammlung halten.

S Auf dem Grundstücke Altstädt'schen Graben Nro. 62 fand gestern Morgen kurz nach 8 Uhr ein sehr heftiger Schornsteinbrand statt, in Folge dessen die Feuerwehr allarmirt wurde und bei der Baufälligkeit der in Rede stehenden Esse besondere Vorsichtsmaßregeln zum Schutz des Hauses treffen mußte. — Am Nachmittag desselben Tages gegen 5 Uhr wurde abermals und zwar Bleihof Nro. 5, Feuer gemeldet. — Es brannte das Holzwerk einer Fachwerkswand im Erdgeschosse des genannten Grundstückes, welches sich in Folge eines zu nahe liegenden Sparheerdes entzündet hatte. — Durch Entfernung der brennenden Holztheile wurde die Gefahr sehr bald beseitigt. —

Königsberg. Das turnerische Rendezvous der Turner von Königsberg, Elbing, Marienburg, Braunsberg, Heiligenbeil am Sonntage den 11. d. in, Pillau, gestaltete sich zu einem Volksfeste, die Bewohner von Pillau, Fischhausen und Umgegend in freudige Aufregung bringend. Die mit den Schnelldampfern Fulton und Expreß ankommenden Turner und Damen wurden von den Pillauer Turnern mit fliegenden Fahnen, Musik, Hurrah herzlich willkommen geheißen.

— Die Genickstarre kommt doch noch immer in einzelnen Fällen auch hier vor. Wir sahen dieser Tage ein kleines fünfjähriges Mädchen, welches von der gräßlichen Krankheit genesen war. Leider aber konnte man die Wiederherstellung kein Glück nennen, denn das arme Kind hat eine vollständige Lähmung des Sehmuskel und der Muskel in den Beinen zurückbehalten. Mit großen klaren Augen ist es stockblind und schleift die Beinchen mühsam vorwärts.

— Der berüchtigte Becker wurde gestern vom Schwurgerichte wegen 9 schwerer Diebstähle zu 12 Jahren Zuchthhaus verurtheilt. Derselbe wurde an Armen und Beinen gefesselt hin- und zurückgebracht, war jedoch auf der Anklagebank der Fesseln ledig gemacht. Als ihm bei der Abführung der begleitende Gensd'arm nicht schnell genug die etwas complicirte Kette anzulegen verstand, nahm Becker sie demselben aus der Hand mit den Worten: „Erlauben Sie, ich kann das besser“, und im Nu hatte er mit bewundernswerther Gewandheit sich selbst gefesselt.

Bromberg. Am Dienstage wurde dem nach 50jähriger Thätigkeit in den Ruhestand tretenden Herrn Geheimen Regierungs- und Schulrath Runge zu Ehren in Moritz Hotel Seitens der höheren Beamten der hiesigen Königlichen Regierung ein Festdiner gegeben, an dem im Ganzen 86 Personen aus dem Beamten- und Bürgerstande unserer Stadt Theil nahmen. Das Wohl auf den Gefeierten brachte der Herr Regierungs-Präsident Naumann aus, wobei er die Verdienste des Herrn Geheim-Raths um das Schulwesen in unserer Provinz besonders hervorhob. Vor dem Festessen wurde dem Herrn Geheimrath Runge Seitens der Stadt durch eine Deputation das hiesige Ehrenbürgerrecht verliehen.

Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Concessionsentziehung und Gefängnißstrafe]. Die professionirten Diebe würden ihr Handwerk nur sehr schwach betreiben können, wenn sie nicht Leute fänden, die ihnen das gestohlene Gut abkauften. Das Sprüchwort sagt sogar: „Ohne Hehler keine Stehler.“ In der Natur der Sache liegt es, daß sich die Diebe in vielen Fällen mit ihrem Verkaufsgeschäft an Trödler wenden. Diese haben deßhalb auch für ihr Einkaufsgeschäft sehr strenge Vorschriften. Zu diesen gehört unter andern, daß sie den Verkäufer persönlich kennen und über seine Person und den gekauften Gegenstand in ihrem Geschäftsbuche die erforderlichen Angaben machen. Leider befolgen, wie so manche Gerichtsverhandlung beweist, die Trödler nicht immer ihre Vorschriften. Es mag dahin gestellt sein, ob sie sich der Pflichtverletzung aus Absicht oder Nachlässigkeit schuldig machen. Sowohl in dem einen, wie in dem andern Fall setzen sie sich der sehr bittern Strafe der Concessionsentziehung aus. Das und noch eine Kleinigkeit mehr hat auch die Trödlerfrau Maria Marczynski erfahren. Dieselbe kaufte vor Kurzem eine Wanne von einem ihr unbekannten Manne und vermerkte in ihrem Geschäftsbuch keine Sylbe über den Ankauf. Die so ohne die Beachtung der bestehenden Vorschriften für das Trödlergeschäft gekaufte Wanne war dem Herrn Restaurateur Schneider gestohlen worden und wurde bei einer angestellten Nachsuchung unter den Verkaufsgegenständen der Marczynski gefunden. Es konnte nicht anders sein, als daß dieselbe hierdurch unter dem Verdacht der Hehlerei und auf die Anklagebank kam. Sie wurde zum Verlust ihrer Concession und zu einer Gefängnißstrafe von 1 Tage verurtheilt.

[Ladendiebstahl]. Nicht immer sind Hunger, Noth und Elend die Motive des Diebstahls, auch die üble Angewohnheit, die Begierde, irdische Schätze zu sammeln, ja, selbst ein gewisser Uebermuth treiben auf den verbotenen Weg der rechtswidrigen Aneignung fremden Eigenthums. Der Eigenthümer Carl Marquardt aus Brentau, ein Mann, den gewiß die Noth nicht treibt, zu stehlen, war im April d. J. im Laden des Herrn Mierau auf dem Fischmarkt anwesend. Die Gelegenheit, lange Finger zu machen, schien günstig, er griff denn auch zu und nahm einen ganzen mit Waaren gefüllten Sack, den er unangefochten nach Brentau brachte und ihn dort in seiner Wohnung versteckte. Indessen war man in dem Laden des Herrn Mierau, als der Verlust entdeckt wurde, gar nicht über die Person des Diebes im Zweifel. Nachdem eine polizeiliche Anzeige über den Diebstahl gemacht worden war, wurde in der Wohnung des Marquardt zu Brentau eine Nachsuchung gehalten. — Dieselbe blieb zwar anfänglich resultatlos, auch läugnete Marquardt eine Zeit lang hartnäckig, im Besitz der gestohlenen Sachen zu sein. Als ihm aber bei der fortgesetzten energischen Nachsuchung die Sache bedenklich erschien, gestand er ein. Vielleicht hat auch das Verhalten seiner Frau zu diesem Eingeständniß beigetragen. Denn auf deren Stirn war während der ganzen Nachsuchung deutlich zu lesen, daß sie ein Geheimniß bewahrte, welches ihr das Herz abstoßen wollte. Als der Mann endlich eingestand, sagte sie denn auch: „Es ist gut, daß Du es gesagt; denn sonst hätte ich es sagen müssen." — Der diebische Mann wurde zu einer Gefängnißstrafe von 5 Monaten, Ehrenverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt.

Meteorologische Beobachtungen.

14	4	336,52	8,5	NNO. stark. Sturm. m. Böen, wenig bew.
15	8	338,41	9,2	N. z. W. lebhaft hell. Sschein, bisw. etw. bewölkt.
	12	338,76	10,1	N. stürm., fast unbewölkt.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Angekommen am 14. Juni:

Strachau, Charlotte, v. London, m. Cement. Morris, Royal Chartor; u. Ellis, Charlotte, v. Stettin, mit Gypssteinen.

In der Rhede: Ganz, Königin Elisabeth Louise; Lierau, Johanna Hepner.

Für Nothhafen: Brandhoff, Minna, v. Rügenwalde; u. Jahnke, Friedr. v. Schiller, m. Stäben, beide nach Stettin bestimmt.

Angekommen am 15. Juni.

Plagemann, v. d. Lühe Rohlstorff, von Wismar, mit Ballast.

Ankommend: 1 Jacht. Wind: Nord.

Thorn passirt und nach Danzig bestimmt vom 10. bis incl. 13. Juni:

138 Last Weizen, 34 Last Roggen, 775 eichene Balken, 16,506 fichtene Balken u. Rundholz, 606 Last Faßholz u. Bohlen, 1 Last Felgen, 7 Ctr. 60 Pfd. Schüsseln u. Mulden.

Wasserstand 1 Fuß 6 Zoll.

Course zu Danzig am 15. Juni.

	Brief	Geld	gem.
Hamburg	152⅞	—	—
Westpr. Pf.-Br. 3½ %	84⅞	—	—
Staats-Anleihe 5 %	106	—	—
Pr. Rentenbriefe	97	—	—
Prämien-Anleihe	130	—	—

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 15. Juni.

Weizen, 65 Last, 125pfd. fl. 400 pr. 85pfd.
Roggen, 125pfd. fl. 266 pr. 81⅚pfd.

Bahnpreise zu Danzig am 15. Juni.

Weizen 120—130pfd. bunt 60—68 Sgr.
120—131pfd. hellb. 62—72 Sgr. pr. 85pfd. Z.-G.
Roggen 120—128pfd. 41½—46½ Sgr. pr. 81⅚pfd. Z.-G.
Erbsen weiße Koch- 55—58 Sgr. } pr. 90pfd. Z.-G.
do. Futter- 50—54 Sgr. }
Gerste kleine 106—112pfd. 30/31—33 Sgr.
große 112—118pfd. 32—34/35 Sgr.
Hafer 70—80pfd. 26/27—30 Sgr.

Englisches Haus:

Contre-Admiral und Stations-Chef Jachmann a. Kiel. Die Kaufl. Behrens a. Aalfeld, Kurttel a. London, Pirscher a. Hamburg, Kohl a. Amsterdam u. Huray a. Copenhagen.

Hotel de Berlin:

Die Rittergutsbes. v. Faback n. Gattin a. Probeberg, Bähr a. Marienwerder u. v. Matowski a. Beim Rentier Claaßen a. Zoppot u. Fuchs a. Dresden. Kaufl. Tünnecke a. Elberfeld, Bogaczinski a. Glauchau, Landwüst a. Elberfeld, Sleurs a. Rotterdam u. Meyer a. Berlin.

Walter's Hotel:

Oberstlieut. a. D. v. Diezelski a. Mestin bei Lauenburg. Rittergutsbes. v. Laszewski a. Kislowo. Pract. Arzt Dr. Engelbrecht a. Bartenstein. Domainenpächter Scheunemann n. Gattin u. Sohn a. Dünnow. Kaufm. Sommer a. Schneeberg. Frau Gutsbes. Quasowski a. Konitz.

Hotel zum Kronprinzen:

Spediteur Mosiklewicz a. Thorn. Rittergutsbes. Hirschfeldt a. Czerniau. Prem.-Lieut. u. Rittergutsbes. Jorck a. Gr. Mehlken. Frau v. Colomb a. Berlin. Die Kaufl. Ehrlich u. Gattin u. Fr. Schwester a. Thorn, u. Kroffke a. Stuhm. Dr. Beyer a. Berlin.

Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren:

Agent Königsbeck u. Partikulir Hasfort a. Königsberg. Kaufm. Izig a. Berlin. Gutsbes. Kroll n. Familie a. Thorn.

Hotel d'Oliva:

Die Kaufl. Walter a. Magdeburg u. Salmer aus Hamburg. Frau Rent. Ahlandt a. Neustadt. Fräul. v. Koczikowski a. Parschkau. Mühlenbes. Sawatzki a. Zilskow. Apotheker Möhring a. Schneidemühl.

Hotel de Thorn:

Die Gutsbes. Manke a. Wolgast u. Thiedemann a. Stettin. Fabrikbes. Sielaff a. Berlin. Dr. phil. Eckert aus Dresden. Die Kaufl. Büchner aus Marienwerder, Schwarz a. Cöslin, Baum a. Charlottenburg, Rosenfeld a. Düsseldorf, Schöbel a. Angermünde, Kaufmann aus Sahr und Strehlow aus Bromberg.

Deutsches Haus:

Rittergutsbes. v. Bülow a. Görki. Gutsbes. Leisteman a. Braunsfelde. Rentiere Gorge a. Elbing. Kaufm. Steinthal a. Königsberg.

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.